

204,36 pro Jahr - oder für diejenigen, die noch in D-Mark rechnen, über 400 DM.

Sie wollen nun aus diesem „Verein“ „austreten“, weil Sie nicht verstehen können, warum die ÖRR in Zeiten knapper Kassen für Seifenopern, Volksmusik- und „Wetten dass“ von der Bevölkerung jetzt noch mehr Zwangsgeld abkassieren dürfen.

2 Rechtliche Klarstellung und Abgrenzung

Wer ein Rundfunkgerät länger als einen Monat zum Empfang bereithält und es **nicht** anmeldet (egal, ob der Empfang öffentlich-rechtlicher Sender möglich ist oder nicht), macht sich einer Ordnungswidrigkeit schuldig. So steht es zumindest im Rundfunkgebührenstaatsvertrag, RfGebStV.

Es spielt überhaupt keine Rolle, ob die Programme der ÖRR genutzt werden oder nicht. Einzig und allein entscheidend ist das Zum-Empfang-Bereithalten von RF-Geräten.

Auszug aus dem RfGebStV:

§ 9 Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. das Bereithalten eines Rundfunkempfangsgerätes zum Empfang entgegen § 3 nicht innerhalb eines Monats anzeigt; 2. ein Rundfunkempfangsgerät zum Empfang bereithält und die fällige Rundfunkgebühr länger als sechs Monate ganz oder teilweise nicht leistet.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße geahndet werden.

(3) Die Ordnungswidrigkeit wird nur auf Antrag der Landesrundfunkanstalt verfolgt. Die Rundfunkanstalt ist vom Ausgang des Verfahrens zu benachrichtigen.

Gemäß § 111 StGB ist der öffentliche Aufruf zu rechtswidrigen Handlungen unter Androhung von Strafe verboten. Ich weise daher ausdrücklich darauf hin, dass ich mit diesem Ratgeber lediglich über die Möglichkeiten aufkläre, sich der Gebührenpflicht legal zu entziehen. Es wird darüber hinaus geschildert, wie sich einzelne Personen dieser Verpflichtung erfolgreich entzogen haben. Einen Aufruf zu strafbaren Handlungen gibt es in diesem Buch nicht.

Ich mache jedoch keinen Hehl daraus, dass ich den Rundfunkgebührenstaatsvertrag wegen seiner totalitär positivistischen Rechtsauffassung kritisiere und dass ich den Gesetzgeber dringend dazu auffordere, dieses Recht zu revidieren und durch ein Recht zu ersetzen, das mit demokratischen Gepflogenheiten und Werten vereinbar ist. Lesen Sie hierzu Kap. 5 und Kap. 15.

3 Sind Rundfunkgebühren eigentlich Gebühren?

Das, was allgemein als „Rundfunkgebühr“ bezeichnet wird, ist in Wahrheit gar keine Gebühr, da Gebühren finanzwissenschaftlich gesehen Abgaben sind, „*die als Gegenleistung für eine individuell zurechenbare öffentliche Leistung zu entrichten sind*“¹.

¹ Aus: ALPMANN/BROCKHAUS: Fachlexikon Recht

Um gleich einem Irrtum vorzubeugen: „Austrreten“ kann man aus der GEZ sowieso nicht. Man hat aber grob gesagt zwei Möglichkeiten, kein Geld mehr an sie und die ÖRR zu zahlen:

- Die Abmeldung aller Rundfunkgeräte oder
- der Antrag auf Befreiung von den Rundfunkgebühren (wenn er denn Erfolg hat!).

Welche Methode für Sie die richtige ist - Abmeldung oder Befreiung - hängt natürlich von Ihrer persönlichen Situation ab¹⁰.

8 Geräteabmeldung

Sie haben die Wahl zwischen dauerhaft abmelden und befristet abmelden.

Wichtig: Verwenden Sie bei Ihrer Abmeldung immer die Versandart Einschreiben mit Rückschein!

Die Postadresse der GEZ lautet kurz und knapp:

**GEZ
50656 Köln**

8.1 Das Abmelden - Vor- und Nachteile

Einer der Vorteile beim Abmelden besteht in der einfach durchzuführenden Prozedur: Sie setzen ein formloses Schreiben auf oder verwenden das entsprechende GEZ-Formular. Dort hinein formulieren Sie die Abmeldung und nennen die entscheidenden

¹⁰ Beachten Sie in diesem Zusammenhang bitte auch Kap. 2

Kriterien, die für die Abmeldung nötig sind. Abschicken, fertig. Theoretisch dauert der Abmeldevorgang keine 10 Minuten plus den Weg zur Post. Sofern die Abmeldung von der GEZ akzeptiert wird, wäre der Fall damit insgesamt erledigt (leider akzeptiert die GEZ längst nicht jede Abmeldung, doch davon später in Kap. 8.4 und Kap. 12).

Zweiter entscheidender Vorteil: Die Abmeldung braucht nicht alle paar Jahre wiederholt zu werden, sofern Sie die Geräte nicht lediglich befristet abmelden. Wenn Sie abgemeldet sind und sich nicht wieder anmelden, gilt die Abmeldung für immer.

Nachteil: Ob legal oder illegal¹¹ abgemeldet (das ist in diesem Fall tatsächlich völlig egal!) - die GEZ verfolgt Sie nach der Abmeldung bis zu Ihrem Lebensende (oder noch darüber hinaus). Sie schickt Ihnen Drohbriefe (was man noch recht locker nehmen kann -> „Ablage Rund“) oder sie beordert gar ihre oft aggressiven, geldgierigen Eintreiber zu Ihnen, die sog. Rundfunkgebührenbeauftragten (was dann schon manchmal ein klein wenig an die klassische Schutzgelderpressung erinnern kann). Wie man mit derartigen Situationen fertig wird, finden Sie in Kap. 10, 11 und 12.

Welche Möglichkeiten es gibt, die Geräte abzumelden und wie Sie sich ggf. vor unangenehmen Konsequenzen schützen können, erfahren Sie weiter unten. Sie werden sehen, welche Methoden die GEZ verwendet, um Sie gar nicht erst loslassen zu müssen oder um Sie wieder einzufangen. Sie werden auch erfahren, welche rechtlichen Möglichkeiten und Grenzen die

¹¹ „Illegal abmelden“ soll hier heißen, dass nach der Abmeldung weiterhin RF-Geräte zum Empfang bereit gehalten werden (s. Kap. 2).

ÖRR, die GEZ und die sog. Gebührenbeauftragten tatsächlich besitzen, um mutmaßliche „Schwarzseher und -hörer“ ausfindig zu machen und abzukassieren.

Um es gleich vorweg zu nehmen: Die GEZ ist ein zahnlöser Tiger, der nur dann Erfolg hat, wenn die Bürger ihre Rechte nicht kennen oder nicht in Anspruch nehmen. Kurz: Nur die „Ehrlichen“, die Ängstlichen und die „Dummen“ zahlen Rundfunkgebühr. Hart formuliert, aber wahr. Viele wollen einfach nur ihre Ruhe haben.

8.2 Für immer abmelden

So gehen Sie vor, um Ihre Geräte für immer abzumelden:

Erste Maßnahme: Lastschriftverfahren kündigen (s. Kap. 14)!

Besorgen Sie sich aus dem Internet das Abmeldeformular der GEZ oder schreiben Sie einen Brief, aus dem folgende Sachverhalte hervorgehen:

Die Rundfunkgeräte (Radio und Fernseher) oder nur der Fernseher (wie Sie wollen) stehen nicht mehr zum Empfang bereit. Gründe dafür könnten etwa sein: „Ich habe alle meine Geräte verschenkt“ oder „... auf dem Flohmarkt verkauft“. Sie brauchen nicht anzugeben, wo sich diese Geräte jetzt befinden, auch wenn die GEZ danach fragen sollte.

Sie können Ihre Geräte niemals rückwirkend abmelden. Die Abmeldung gilt erst ab dem ersten Tag des Folgemonats.

Kündigen Sie die Geräte immer per sofort oder zum Ende des Monats, der dem Abmeldemonat vorausgeht. Beispiel: Sie wol-

len ab Oktober 2005 abmelden, schreiben Sie, dass die Abmeldung zum 30. September vorzunehmen ist. Bei Abmeldung zum 1. Oktober würde der komplette Oktober noch mitberechnet. Vergessen Sie auch nicht Ihre Teilnehmernummer anzugeben.

So könnte ein Abmeldeschreiben aussehen:

Abmeldung meiner Rundfunkgeräte
Teilnehmer-Nummer: 1234567890

(Datum)

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit melde ich alle meine Radio- und Fernsehgeräte bei Ihnen ab. Ich habe sämtliche Geräte an meine Freunde verschenkt und versichere Ihnen, dass ich keine Rundfunkgeräte mehr zum Empfang bereithalte. Nehmen Sie diese Abmeldung per sofort, spätestens aber bis zum 30. September 2005 vor und senden mir bitte eine Bestätigung.

Mit freundlichen Grüßen

Name und Unterschrift

Versuchen Sie gar nicht erst, das Programm zu kritisieren, denn die Gebühr hat nichts mit der Nutzung der Programme zu tun, sondern lediglich mit dem Zum-Empfang-Bereithalten von Geräten. Mit Programmkritik gefährden Sie die Abmeldung.

8.3 Befristet abmelden

Wenn Sie länger als einen vollen Monat im Ausland sind, können Sie Ihre Geräte befristet abmelden. Sind Sie dagegen zwar vier Wochen oder länger verreist, nicht aber einen ganzen Kalendermonat (z.B. Juni), gibt es diese Möglichkeit nicht.

Beispiel für eine erlaubte, befristete Abmeldung: Sie sind vom 12. Februar bis zum 28. Mai auf Mallorca. Dann können Sie für die Monate März und April Ihre Geräte abmelden.

Formulieren Sie die befristete Abmeldung dann etwa wie folgt:

Befristete Abmeldung meiner Rundfunkgeräte
Teilnehmer-Nummer: 1234567890

(Datum)

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ich bin vom 12.2.06 bis zum 28.5.06 im Ausland. Während dieser Zeit steht meine Wohnung leer. Die Geräte stehen während dieser Zeit nicht zum Empfang bereit. Ich melde daher alle meine Rundfunkgeräte (Fernseher und Radios) für die vollen Monate März 2006 bis April 2006 befristet ab. Bitte senden Sie mir eine Bestätigung.

Mit freundlichen Grüßen

Name und Unterschrift

8.4 Rechtswidrige Ablehnung der Abmeldung

In letzter Zeit häufen sich bei mir die Fälle, wo die GEZ mit falschen Auskünften versucht, unbefristete und befristete Abmeldungen zu unterbinden. Wenn Sie Ihre Rundfunkgeräte wie oben beschrieben ordnungsgemäß abgemeldet haben, hat die GEZ nur noch eine einzige Pflicht zu erfüllen, nämlich Ihnen die Abmeldung zu bestätigen.

Zitat aus einem Ablehnungsschreiben der GEZ:

„Halten Sie sich nur vorübergehend im Ausland auf? Dann ist eine Abmeldung nicht zulässig.“

Diese Auskunft ist falsch. Selbst auf den GEZ-eigenen Internetseiten wird das Gegenteil gesagt, nämlich dass die Rundfunkgeräte für jeweils volle Kalendermonate abgemeldet werden dürfen, wenn sie in dieser Zeit nicht zum Empfang bereit gehalten werden.

Auch in anderen Fällen wird die (ordnungsgemäße) Abmeldung schlicht und einfach für rechtswidrig erklärt, ohne dass dafür ein entsprechender Grund oder gar Paragraph angegeben wird.

Wie Sie in solchen Fällen vorgehen, lesen Sie in Kap. 12.

9 Beantragen der Gebührenbefreiung

Wie weiter unten beschrieben, kann der Antrag auf Gebührenbefreiung zu einer sehr entwürdigende Prozedur werden. Besonders dann, wenn sich die Rundfunkanstalt herausnimmt, einen solchen Antrag abzulehnen, obwohl man nachweislich kein Geld hat.

Sehr wichtig: Gebührenbefreiung gibt es nur auf Antrag, nur befristet und niemals rückwirkend! Und: Die Geräte müssen angemeldet sein.

Die Gebührenbefreiung ist geregelt im Rundfunkgebührenstaatsvertrag, § 6, Sie finden aber auch eine ausführliche Auflistung aller Befreiungstatbestände auf der Internetseite der GEZ: www.gez.de oder mündlich bei der GEZ oder der Rundfunkgebührenabteilung Ihrer Landesrundfunkanstalt. Eine individuelle Beratung ist sehr empfehlenswert.

Grundsätzlich ist die Befreiung nach der neuen Fassung des RfGebStV nur noch möglich, wenn man staatliche Leistungen

erhält und diese durch Vorlage eines Bescheides nachweisen kann (z.B. BAFöG oder ALG II). Das Tatbestandsmerkmal „geringes Einkommen“ ist jetzt weggefallen. Wer also überhaupt nichts hat, hat doppelt Pech.

9.1 Befreiung beantragen - Vor- und Nachteile

Vorteil des Antrages auf Gebührenbefreiung: Diese Methode erfordert weniger Nervenstärke als die Abmeldemethode. Sollte der Befreiungsantrag tatsächlich genehmigt werden, haben Sie zumindest erst mal ein Jahr Ruhe vor den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und ihren Geldeintreibern. Es gibt also keine Drohbriefe und es kommen keine Beauftragten.

Nachteile: Der Antrag auf Befreiung von der Rundfunkgebühr ist eine Bittsteller-Prozedur, die entwürdigender eigentlich gar nicht sein kann. Beispielsweise müssen Sie Ihre kompletten ALG II-Unterlagen an die GEZ senden, in denen Ihre persönlichen Verhältnisse klein, klein aufgelistet sind. Die GEZ will einfach alles über Sie wissen!

Bei der Betrachtung der Formulare und eingeforderten Auskünfte fängt so mancher Antragsteller mit Recht an zu fluchen:

*„Warum wird in unserem Staat so viel Wert darauf gelegt, dass überkandidelte Wichtigtuer, übersättigte Fußballer und hochnäsige Intendanten mit haufenweise Geld versorgt werden, das uns einfachen Bürgern zwangsentezogen wird? Wieso muss ich hier jetzt **beantragen**, keine Multimillionäre mehr zu unterstützen? Wo leben wir eigentlich?“* - Aber so ist halt das Verfahren und so wollen es unsere Politiker.

Oftmals werden die Anträge über Monate hinweg nicht bearbeitet, weil die GEZ angeblich überlastet ist. Einige Ablehnungs-

gründe, von denen ich erfahren habe, waren zudem überhaupt nicht nachvollziehbar. Auch hier wird scheinbar getrickst, was die Phantasie der GEZ-Mitarbeiter hergibt. U.a. wurde in der SAT.1-Sendung Akte 05 ein GEZ-Aussteiger interviewt, der angab, dass die Sachbearbeiter zum Tricksen geradezu von ihren Vorgesetzten genötigt werden.

Ein weiterer Nachteil der „Befreiung“: Sie gilt nur zeitlich begrenzt (i.d.R. für ein Jahr). Danach muss man wieder einen neuen Antrag stellen. Vergessen Sie die erneute Beantragung, müssen Sie später für die fragliche Zeit nachzahlen. Rückwirkende Befreiung ist nicht möglich.

9.2 Die Antragstellung

Wenn Sie jetzt nicht abgeschreckt sind, können Sie zum nächsten Ersten die Befreiung beantragen.

Anträge für die Befreiung gibt es direkt bei der GEZ oder den Landesrundfunkanstalten. Dort kann man sich auch über das konkrete Vorgehen in seinem individuellen Fall beraten lassen und den ausgefüllten Antrag abgeben.

Übrigens: Die Unterlagen (z.B. ALG II Bescheide) müssen im Original oder in *beglaubigter* Kopie vorgelegt werden.

10 Drohbriefe richtig behandeln

Haben Sie keine Geräte angemeldet oder vermutet die GEZ, sie könnten zu wenig Geräte angemeldet haben, bekommen Sie über kurz oder lang Post. Erst sachlich, dann aufdringlich und schließlich regelrecht frech mit einer Androhung von 1.000 Euro Bußgeld, falls nicht angemeldet wird.

Insgesamt besteht eine solche sog. „Mailing-Aktion“, wie die GEZ derartige Anschreiben nennt, aus drei Briefen. Es ist völlig egal, ob Sie zurückschreiben, dass Sie kein Gerät zum Empfang bereithalten oder ob Sie gar nichts schreiben. Sie bekommen in jedem Fall in zwei Jahren wieder den gleichen Satz Briefe.

Wenn die GEZ bzw. Ihre Landesrundfunkanstalt Sie nun für einen Schwarzseher hält, kann es sein, dass Sie Besuch eines oder einer Rundfunkgebührenbeauftragten bekommen.

11 Gebührenbeauftragte abwimmeln - so geht's

Rundfunkgebührenbeauftragte sind selbstständige Mitarbeiter der Landesrundfunkanstalten oder der GEZ. Sie arbeiten auf Provisionsbasis, d.h., wenn sie viele Gebühren eintreiben, verdienen sie viel, wenn sie nichts eintreiben, verdienen sie auch nichts und werden auch bald wieder aus dem Dienst entfernt. „Gute“ Eintreiber verdienen bis zu 25.000 Euro im Monat. Das kommt daher, dass sie bei Nachzahlungen rund die Hälfte der Beute für sich einstreichen dürfen und dass laut Gerichtsurteil (VGH v. 3.7.1996 - 7 B 94.708)¹² zeitlich unbegrenzt nachgefordert werden kann.

Es zeigt sich, dass die Beauftragten mehr verdienen, wenn sie die Leute bedrohen und einschüchtern. Lesen Sie dazu u.a. den Beitrag in Kap. 16.3, wo sich einer dieser selbstständigen Beauftragten als Beamter ausgegeben und eine junge Frau auf verschiedene Weise bedroht hat. Diese Verhaltensweisen der

¹² s.a. „GEZ abschaffen!“, Kap. 2.8

Rundfunkgebührenbeauftragten scheint im Moment Schule zu machen, wie aus vielen an mich gerichteten Emails hervorgeht.

11.1 Auf diese Tricks müssen Sie gefasst sein

Da die Gebührenbeauftragten eigentlich nichts dürfen, was nicht jeder andere Drücker oder Hausierer auch darf, greifen sie oft zu miesen Tricks. Teils gerade noch so am Rande der Legalität, teils aber auch schon jenseits dieser Grenze.

Bitte beachten Sie: Gebührenbeauftragte sind zwar oft männlich, dominant und unfreundlich. Es gibt aber auch weibliche Beauftragte und ihre Waffen und Tricks sind möglicherweise ganz andere...

Die folgende Liste gibt nur Beispiele wieder. Was von dem einzelnen Beauftragten sonst noch ausgeheckt wird, kann letztendlich niemand voraussagen. Von diesen Tricks wurde mir bisher berichtet:

- Sich als Beamter ausgeben und mit einem übermächtigen Status drohen. Das ist natürlich illegal aber bei den Beauftragten sehr beliebt, da effektiv und von der GEZ und den ÖRR nicht sanktioniert - klammheimlich vielleicht wahrscheinlich sogar gern gesehen...?
- Mit Hausdurchsuchung drohen. Dieses ist ein Bluff und absolut aus der Luft gegriffen. Bei Verdacht auf „Zum Empfang halten eines Rundfunkgerätes ohne Anmeldung“ wird kein Richter eine solche Maßnahme anordnen (Verstoß gegen das Verhältnismäßigkeitsgebot).

- Versuchen, in Wohnungen einzudringen. Das ist absolut illegal, aber wohl die einzige Chance, Schwarzseher auf frischer Tat zu stellen und dingfest zu machen....
- Angehörige befragen. Das ist sogar „erlaubt“... - Minderjährige ab dem 16. Lebensjahr sind diesen Eintreibern sogar - laut Merkblatt für Gebührenbeauftragte - zur Auskunft verpflichtet - nach dem Motto: Kinder sollen ihre Eltern ans Messer liefern. Klären Sie Ihre Kinder daher darüber auf, nie fremde Menschen in die Wohnung zu lassen oder ihnen irgendwelche neugierigen Fragen zu beantworten.
- Nachbarn aktiv befragen. Das ist verboten. Erlaubt ist es aber „freiwillige“ Angaben von Nachbarn als Anhaltspunkte zu werten und entsprechend zu verfahren.
- Umfragen und Gewinnspiele vorgaukeln, die irgendwie mit Fernsehen oder Radio in Verbindung stehen. Wahrscheinlich illegale Täuschung, wird aber praktiziert.
- Im Müll nach Fernsehzeitschriften wühlen. Soll es zumindest gegeben haben. Vielleicht ergibt sich daraus ja eine typische Handbewegung eines Gebührenbeauftragten für das „Heitere Beruferaten“.
- Sexy Gebührenbeauftragte verwickelt einsamen Single-Mann in ein ungezwungenes Gespräch über das Fernsehprogramm. Das ist selbstverständlich erlaubt und irgendwie sogar reizvoll.... Wenn Sie darauf hereinfallen, war das einfach nur menschlich und Sie haben halt Pech gehabt...! (Beginnen Sie dann einfach wieder bei Kap. 8... ...und nächstes mal dann schlauer sein...)

- Zwangsanmeldung durchführen. Das ist auch so eine dieser diversen GEZ-Methoden, die vollkommen inakzeptabel sind. Ob die GEZ damit durchkommt, lassen Sie am besten von den Gerichten klären. Die GEZ wäre hier in der Beweispflicht¹³.

Warum kommen die Beauftragten in der Regel ohne Strafe davon, obwohl sie teilweise ...ich sage vorsichtshalber lieber... - mutmaßlich - Straftaten¹⁴ begehen? Dazu haben sie in der letzten Phase ihres - mutmaßlich - rechtswidrigen Handelns von ihren Auftraggebern ein scharfes Schwert in die Hände gelegt bekommen, mit dem sie die Bürger bedrohen und unter Druck setzen können. Sie können nach eigenem Gutdünken (bzw. dem der Rundfunkanstalt) ein Ordnungswidrigkeitsverfahren gegen den Bürger einleiten oder nicht einleiten. In § 9, Abs. 1 des RfGebStV heißt es nämlich, dass mit einem solchen Verfahren rechnen muss, wer ein zum Empfang bereitgehaltenes RF-Gerät nicht innerhalb eines Monats angemeldet hat. Hierbei kann eine Geldbuße verhängt werden (1.000 Euro)¹⁵.

Und das wird durch Abs. 3 zu dem Schwert, das dem oder der Beauftragten die „Arbeit“ so wunderschön erleichtert: In § 9 heißt es nämlich weiter (Abs. 3): „Die Ordnungswidrigkeit wird nur auf Antrag der Landesrundfunkanstalt verfolgt...“. Auf diese Weise können die Beauftragten ihren Beutezug bequem zuende führen und die Bürger vollkommen „legal“ bedrohen:

¹³ Siehe auch Kap. 12.8

¹⁴ Ich habe als Beweis mehrere Zeugenunterschriften

¹⁵ Siehe Kap 2

Entweder akzeptieren die Opfer eine saftige Nachzahlung oder es gibt ein Ordnungswidrigkeitsverfahren!

Noch mal zum Mitschreiben: So können die Beauftragten die bestehende Rechtslage ausnützen (s.a. Kap. 16.3):

Zunächst werden Handlungen vollzogen, die zur Auffindung und Habhaftmachung des mutmaßlichen Schwarzsehers oder -hörers und seiner Rundfunkgeräte führen. Diese Handlungen könnten auch grob rechtswidrig sein: Hausfriedensbruch, falsche Behauptungen Beamter zu sein, Drohung mit polizeilicher Hausdurchsuchung oder astronomischen Strafgeldern, wegen Nichtanmeldung von zum Empfang gehaltenen Rundfunkgeräten u.s.w.. Zur Taktik gehört schnelles Vorgehen und die Überrumpelung des Opfers.

Ziel ist die Unterschrift unter eine jahre- oder gar jahrzehntelange rückwirkende Anmeldung. Und das bringt richtig Geld für den Eintreiber und die GEZ!

Damit sich das Opfer nicht wehrt, wird ihm die Nichtanzeige seiner begangenen Ordnungswidrigkeit gem. § 9 Abs. 3 RfGebStV für den Fall versprochen, dass es den ihm vorgelegten Wisch ohne Murren und Knurren unterschreibt. Alles unter Zeitdruck. Das Opfer ist wie im Schockzustand und unterschreibt alles, was der Eintreiber ihm vorlegt. So wurde es mir zigfach berichtet. Perfider geht es kaum noch!

Halten Sie sich also lieber gleich die Beauftragten fern und beachten Sie unbedingt die folgenden Regeln.

11.2 Regeln für den Umgang mit Gebührenbeauftragten

Um gar nicht erst Probleme mit dieser Art ungebetener Besucher zu bekommen, sollten Sie ein paar wichtige Regeln verinnerlichen.

Merke: Gebührenbeauftragte sind nichts weiter als lästige Drücker und Hausierer. Sie sollten auch so behandelt werden!

- Lassen Sie nie einen Gebührenbeauftragten oder eine Gebührenbeauftragte auf Ihr Grundstück oder gar in Ihre Wohnung oder Geschäftsräume. Sollte er oder sie sich durch Täuschung oder gar Gewalt Zugang verschaffen, wäre das eine Straftat nach § 123 StGB (Hausfriedensbruch). Polizei rufen.
- Gleich Namen und Anschrift aufschreiben.
- Lassen Sie sich niemals auf ein persönliches Gespräch ein. Wenn er oder sie Ihnen den § 4, Abs. 5 des Rundfunkgebührenstaatsvertrages vorhält, wonach Sie eine Auskunftspflicht haben, weisen Sie ihn oder sie auf die Möglichkeit einer schriftlichen Abgabe der Auskunft hin. Lassen Sie sich ein Formular aushändigen, auf dem Sie schriftlich Ihre Angaben (in aller Ruhe) machen können (oder auch nicht). So entgehen Sie schon mal den Überrumpelungstaktiken der Beauftragten.
- Lassen Sie sich erläutern, welche „tatsächlichen Anhaltspunkte“ dafür vorliegen, dass Sie Rundfunkgeräte

zum Empfang bereithalten. Denn nur dann, wenn diese „tatsächlichen Anhaltspunkte“ vorliegen, wären Sie nach § 4 Abs. 5 RfGebStV überhaupt zur Auskunft verpflichtet.

- Unterschreiben Sie nie etwas!
- Achtung! Die Beauftragten arbeiten nicht ausschließlich mit aggressiven Methoden. Manchmal kann auch eine überraschende, kumpelhaft gestellte Fangfrage den nötigen Erfolg für den Menschenjäger bedeuten. Z.B.: „Wie finden Sie Thomas Gottschalk?“ oder: „Schauen Sie gern Fußball?“. Wenn Sie dazu etwas zu sagen haben, könnten in den Augen der GEZ „tatsächliche Anhaltspunkte“ dafür vorliegen, dass Sie ein Rundfunkgerät zum Empfang bereit halten.
- Unter falschem Vorwand geführte Befragungen könnten auch per Telefon durchgeführt werden.
- Sollte Ihnen eine Ordnungswidrigkeit vorgeworfen werden, weil Sie im Verdacht stehen, ein Rundfunkgerät schon länger als einen Monat unangemeldet zum Empfang bereit zu halten, verweisen Sie den Beauftragten auf Ihr Aussageverweigerungsrecht. Ein allgemeiner Rechtsgrundsatz besagt, dass sich niemand selbst einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit bezichtigen muss (z.B. § 136 StPO). Auch Zeugen (Angehörige) brauchen nicht auszusagen (§ 55 StPO). Sie brauchen aber auch gar nicht zu sagen, dass Sie die Aussage verweigern, weil Sie sich nicht selber belasten möchten. Das wäre ja schon so etwas ähnliches wie ein „Schuld“-Eingeständnis. Sagen Sie einfach: „Ich sage nichts.“,

fertig. Sollte es dann zu einem Verfahren kommen, müssen Sie ohnehin von Amts wegen auf Ihr Aussageverweigerungsrecht aufmerksam gemacht werden, so steht es im Gesetz.

- Lassen Sie sich nicht drohen! Hausdurchsuchungsdrohungen sind absoluter Humbug. Sie dienen nur der Einschüchterung unwissender Bürger. Also keine Angst! Es gibt eine Selbstbeschränkung des Staates auf ein Vorgehen nach den Prinzipien der Verhältnismäßigkeit. Verhältnismäßig bedeutet im Kern, dass es erstens kein milderes Mittel gibt und zweitens ein Eingriff in die Freiheitsrechte der Bürger dem Tatbestand gegenüber angemessen sein muss. Hausdurchsuchungen wegen unerlaubten Bereithaltens eines RF-Gerätes wäre unverhältnismäßig. Wenn der Staat auf so eine Weise unverhältnismäßig gegen seine Bürger vorgeht, könnte das dazu führen, dass aus braven Bürgern Staatsfeinde werden. Der Schaden wäre dann bedeutend größer als der Nutzen.
- Es gibt zwar die rein theoretische Möglichkeit, ein sog. Verwaltungszwangsverfahren gegen Aussageunwillige einzuleiten, aber auch dies würde gegen das Gebot der Verhältnismäßigkeit verstoßen. Es ist bisher meines Wissens nach¹⁶ auch noch nie durchgeführt worden.

¹⁶ Meine Informationen beruhen u.a. auf Aussagen verschiedener Landesdatenschutzbeauftragten und ehemalige Gebührenbeauftragte

- Es gibt auch keine Peilwagen, die Schwarzseher oder -hörer orten können.
- Sobald ein Beauftragter bei Ihnen auftaucht und sich nicht sofort abwimmeln lässt, sorgen Sie unbedingt für Zeugen! Er oder sie wird sich sicherlich „freundlicher“ und vorsichtiger verhalten, wenn ein weiterer Beobachter vor Ort ist.
- Falls keine Zeugen vorhanden sind, schalten Sie ein Aufnahmegerät, wie etwa Videokamera oder Tonband an und fragen Sie, **während die Aufnahme bereits läuft**, ob er oder sie mit der Aufzeichnung und Verwertung einverstanden ist. Das Einverständnis wäre auf diese Weise dokumentiert.
- Machen Sie ggf. auch ein Foto des Beauftragten. Dies ist nicht verboten - es darf nur nicht veröffentlicht werden (Recht am eigenen Bild).
- Wenn es hart auf hart kommt, warten Sie ruhig, bis die GEZ eine Auskunftsklage gegen Sie einreicht. Dies wird sie aller Voraussicht nach nicht tun, falls doch, haben Sie zumindest wertvolle Zeit gewonnen...
- Bei erfolgter Zwangsanmeldung: Sollten Ihre Geräte angemeldet werden, ohne dass Sie etwas unterschrieben haben, verhalten Sie sich wie in Kap. 12 beschrieben. Falls angebracht: Strafanzeige bei der Polizei oder Staatsanwaltschaft erstatten. Lesen Sie dazu auch Kap. 16.7 mit einem Fall von erfolgter Zwangsanmeldung.

11.3 Plan B: Auf „frischer Tat“ ertappt, was dann...

Ganz gewiefte Schwarzseher planen die Möglichkeit schon ein, dass sie irgendwann bei Ihrem mutmaßlich illegalem Tun „auf frischer Tat“ erwischt werden.

Sie besorgen sich rechtzeitig im Internet, bei der Post oder der Bank ein Anmeldeformular der GEZ, füllen es wahrheitsgemäß aus und unterschreiben das Formular. Das Datum lassen sie frei, damit es später angepasst werden kann. Anschließend verstauen sie die (fast) fertige Anmeldung in einer Schublade zusammen mit dem Kugelschreiber, den sie zum Ausfüllen benutzt haben (für's Datum).

Sollte irgendwann plötzlich der ungebetene „Besucher“ vor ihnen stehen, während sie gemütlich im Garten sitzen und Fernsehen gucken, tritt sofort Plan B in Kraft:

Die aufgefliegenen Schwarzgucker zaubern ganz entspannt in Sekundenschnelle ein fix und fertig ausgefülltes Anmeldeformular hervor und können damit „beweisen“, dass sie ohnehin gerade auf dem Weg zur Post waren, um das Corpus delicti ordnungsgemäß anzumelden. Wenn die Möglichkeit bestand, haben sie schnell noch das fehlende Datum ergänzt - wenn nicht ist es auch nicht so schlimm. Weitere Gespräche lehnen sie mit dem Hinweis ab, den Zettel direkt an die GEZ zu senden.

So machen es also die ganz Ausgekokchten und können damit auch wunderbar ruhig und angstfrei schlafen. Aber wie gesagt, einige Menschen machen das zwar so - **Sie** aber, als meine Leserinnen und Leser, beachten natürlich die rechtlichen Vorschriften und Hinweise in Kap. 2. ;-)

12 Problembehandlungen

Da immer mehr Menschen der GEZ den Rücken zudrehen (durch Geräteabmeldung oder Gebührenbefreiung), versuchen die ÖRR auf nun nahezu alle erdenkliche Weise neue Teilnehmer zu „gewinnen“, bzw. aus bereits vorhandenen Teilnehmern noch mehr Geld herauszuholen.

Der neueste Trick der ÖRR geht so: Die RF-Geräte werden von einem Gebührenbeauftragten (oft für Jahre rückwirkend) zwangsangemeldet - also ohne Unterschrift des „Kunden“. Dann erfolgen Zahlungsaufforderungen ohne Rechtsmittelbehelf. Ohne Rechtsmittelbehelf ist nämlich kein Widerspruch zulässig. Beschwerzt sich der Bürger dennoch und versucht die (Zwangs-)Anmeldung zu widerrufen, wird er darauf hingewiesen, dass auch ein Widerruf nicht möglich sei, da kein Vertrag zwischen Rundfunkanstalt und Bürger existiert, sondern die gesetzliche Grundlage der RfGebStV darstellt und der Beauftragte die Gebührenpflicht festgestellt habe. Unterstellt wird dabei, dass der Gebührenbeauftragte, der ja runde 50% der Nachzahlungen in seine eigene Taschen steckt, in jedem Fall und immer Recht habe. - So mancher Bürger gibt dann schon völlig erschöpft auf...

Mahnen Sie ggf. einen rechtsmittelfähigen Bescheid an. Möglicherweise hilft auch nur eine Feststellungsklage, in der Sie gerichtlich einen bestimmten Sachverhalt feststellen lassen.

Erst wenn Sie ein Schreiben erhalten haben, in dem ein Rechtsmittelbehelf enthalten ist, können Sie Widerspruch einlegen. Sollte dieser abgelehnt werden, können Sie eine Klage beim Verwaltungsgericht einreichen.

Z.Z. häufen sich Fälle, wo die ÖRR ein völliges Wirrwarr anrichten, indem sie zwar Forderungen anmelden, aber keine Bescheide versenden (s.a. Kap. 16.7). - Also immer alles ganz genau durchlesen!

Hier noch einmal eine dringende Empfehlung:

Briefe an die GEZ oder die ÖRR:

Um „Schwund“ zu vermeiden, verwenden Sie bei allen für die GEZ oder die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten unerwünschten, unangenehmen oder ungünstigen Anschreiben, diese Versandform:

- EINSCHREIBEN MIT RÜCKSCHEIN! -

12.1 Widerspruch einlegen

Achtung: Einige Bundesländer, wie etwa Niedersachsen, haben den Widerspruch durch das Ausführungsgesetz der Verwaltungsgerichtsordnung, teilweise abgeschafft, um Verwaltungskosten zu sparen. In diesen Bundesländern müssen Sie sofort vor Gericht klagen. Achten Sie also ganz genau auf Ihren Rechtsmittelbehelf, den Sie von der Landesrundfunkanstalt erhalten. Meine Telefonate mit den entsprechenden Ämtern in Niedersachsen ergaben übrigens, dass die Zahl der Gerichtsprozesse seit Einführung dieser Verfahrensweise deutlich gestiegen ist. - Wer hätte das gedacht...

In den meisten anderen Bundesländern gilt nach wie vor: Nach § 68 ff VwGO müssen Sie bei einem für Sie missfälligen Bescheid der Landesrundfunkanstalt und der GEZ zuerst Widerspruch einlegen, bevor Sie vor Gericht klagen können (sonst

verlieren Sie das Verfahren wegen Formfehler!). Die Frist für einen Widerspruch beträgt nach § 58 VwGO einen Monat, sofern Sie über Rechtsmittel belehrt worden sind oder ein Jahr, wenn die Rechtsmittelbelehrung unterblieben ist. Der Widerspruch ist an die selbe Stelle zu richten, von welcher der Bescheid kam. Der Widerspruch kann dann entweder positiv für Sie entschieden werden (§ 72 VwGO) oder Sie erhalten einen Widerspruchsbescheid mit den Ablehnungsgründen (§ 73 VwGO), gegen den Sie dann innerhalb eines Monats Klage erheben können.

12.2 Klage vor dem Verwaltungsgericht

Nachdem der Widerspruch abgelehnt wurde, können Sie beim Verwaltungsgericht klagen. Wie oben beschrieben, ist der Widerspruch in einigen Bundesländern, wie etwa Niedersachsen, abgeschafft. Hier klagen Sie sofort vor Gericht gegen einen unliebsamen Bescheid.

In der ersten Instanz brauchen Sie keinen Anwalt. Klagen wegen nicht genehmigter Gebührenbefreiung sind zudem kostenfrei, sofern keine Anwaltsgebühren anfallen. Wenn Sie unsicher sind, sollten Sie aber auf Nummer Sicher gehen und sich Rechtsrat oder -beistand besorgen.

In Frage käme etwa die Anfechtungsklage gegen einen Gebührenbescheid, eine Leistungsklage zur Herausgabe Ihrer Daten oder in bestimmten Fällen eine Feststellungsklage, wenn sonst keine andere Klage möglich ist (z.B. Feststellung der Abmeldung).

Der Klage beigelegt sind alle notwendigen Beweismittel. Wichtig: Alle Schriftsätze und Unterlagen müssen Sie in zweifacher

Ausführung an das Gericht senden, da das Gericht Sie sonst mit 50 Cent pro Kopie belasten könnte.

Verwaltungsklagen dauern oft Jahre. Erkundigen Sie sich deshalb, ob in Ihrem Fall die Beantragung einer einstweiligen Anordnung (§ 123 VwGO) möglich oder notwendig ist. Auf diese Weise können Sie ggf. akute Nachteile abwenden. Einem Antrag auf einstweilige Anordnung wird vom Gericht i.d.R. dann entsprochen, wenn zu erwarten ist, dass Sie erstens im Hauptverfahren gewinnen und zweitens eine akute Bedrohung gegen Sie besteht.

Oftmals tritt nach der Klageerhebung aber auch der sog. Suspensiveffekt ein, d.h., dass Forderungen gegen Sie bis zur endgültigen gerichtlichen Klärung ohnehin nicht mehr verfolgt werden und daher eine einstweilige Anordnung überflüssig ist.

Irgendwann wird - möglicherweise nach einer mündlichen Verhandlung - vom Gericht ein Urteil gefällt.

Wenn eine Seite gegen das Urteil Berufung einlegt, wird die nächsthöhere Instanz, das Oberverwaltungsgericht (OVG) oder in einigen Bundesländern der Verwaltungsgerichtshof (VGH) mit der Sache befasst. Dort herrscht Anwaltszwang. Die vorerst letzte Instanz, das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG), kann danach per Revision angerufen werden.

Nur in Fällen, in denen ein Grundrecht berührt wird, kann das Verfahren zum Abschluss noch vor das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) oder vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg getragen werden. Das wären dann langwierige und sehr teure Prozesse.

Inhalt einer Klage lt. VwGO: „Eine Klage muss den Kläger, den Beklagten und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten.“

Stellen Sie also auf jeden Fall einen Antrag, aus dem klar hervorgeht, was Sie mit Ihrer Klage erreichen wollen, bzw. wozu der oder die Beklagte verurteilt werden soll (Beispiel nächste Seite). Die Begründung können Sie ggf. nachreichen.

In der Begründung argumentieren Sie nachvollziehbar und verweisen im Text jeweils auf die beigelegten Anlagen als Beweismittel. Vermeiden Sie Emotionen bei der Wortwahl. Cool und sachlich kommt bei den Richtern besser an und macht den Kläger glaubwürdiger. Strukturieren Sie den Sachverhalt und beschränken Sie sich zunächst auf die Eckpunkte. Fragen des Gerichts können Sie später immer noch beantworten.

So ist eine Klage vor dem Verwaltungsgericht (VG) vom Prinzip her aufgebaut - Beispiel:

(Briefkopf, Anschrift und Datum - per Einschreiben)

In der Verwaltungssache

Hannes Mustermann, Gebührenallee 12, 20444 Hamburg
- Kläger -

gegen

NDR Norddeutscher Rundfunk
Rothenbaumchaussee 132, 20149 Hamburg
Vertreten durch den Intendanten
- Beklagter -

Wegen nicht genehmigter Gebührenbefreiung

erhebe ich

Klage

und beantrage:

Der Beklagte wird verurteilt, unter Aufhebung des Bescheides vom (*Datum*) und des Widerspruchsbescheides vom (*Datum*) dem Kläger die beantragte Gebührenbefreiung gem. § 6 Abs. 1 Satz 3 RfGebStV zu gewähren.

Begründung

(Hier schreiben Sie eine ausführliche Begründung)

(Name und Unterschrift)

12.3 Beschwerde einreichen

Bei unkorrektem Verhalten von GEZ-Mitarbeitern können Sie sich beschweren. Zuständig sind i.d.R. die Datenschutzbeauftragten der Rundfunkanstalten, die Gebührenabteilung oder besser: die Intendanz.

Die anstaltseigenen Datenschützer sind zwar nicht wirklich unabhängig¹⁷ und Beschwerden an die Rundfunkanstalt selbst sowieso nicht besonders erfolgsversprechend, es lohnt sich aber allemal diesen Stellen die Beschwerde vorzutragen, schon deshalb, um eine verbindliche, schriftliche Antwort zu bekommen (egal wie sie ausfällt). Lassen Sie sich nicht ohne eine Klärung abspeisen und haken Sie so oft nach, bis Ihnen eine brauchbare Auskunft erteilt wird.

In den Bundesländern Hessen, Berlin, Brandenburg und Bremen wenden Sie sich dann am Besten direkt an die Datenschutzbeauftragten der Länder. Dort haben diese noch eine Kontrollfunktion gegenüber den Landesrundfunkanstalten, woanders leider nicht...

Sie können aber auch in anderen, als den oben genannten Bundesländern an die Datenschutzbeauftragten der Länder herantreten. Diese sind in aller Regel dem Bürger gegenüber sehr kooperativ und zuverlässig und können zumindest Tipps geben.

Weitere Beschwerdestellen: Petitionsausschüsse, Rundfunkkommission oder die Europäische Kommission¹⁸.

¹⁷ vergl. „GEZ abschaffen!“, Kap. 2.6

¹⁸ Die Adressen finden Sie in „GEZ abschaffen!“, S. 78 f

12.4 Presse und Fernsehen informieren

Vielleicht ist ja gerade Ihr Fall so interessant, dass sich Presse oder Fernsehen dafür interessieren und Ihre GEZ-Erfahrungen veröffentlichen. Für diesen Zweck sollten Sie Beweise bereithalten (Briefe, Zahlungsaufforderungen, Zeugen o.ä.), damit die Veröffentlichung rechtlich abgesichert ist. Eine Veröffentlichung von Missständen ist oft wirkungsvoller, als der reguläre Amtsweg. Wichtig ist auch, dass die Bevölkerung von den Machenschaften der ÖRR bei der Gebührenerhebung erfährt.

12.5 Per Zeitungsannonce weitere Zeugen finden

Wenn ein Rundfunkbeauftragter in Ihrem Gebiet gerade mit rechtswidrigen Mitteln auf Jagd war und Sie vermuten, dass noch andere Menschen geschädigt wurden, sollten Sie per Zeitungsannonce Kontakt zu diesen aufnehmen. Gemeinsam können Sie überzeugender argumentieren und bei der Polizei und GEZ etwas erreichen.

12.6 Strafanzeige erstatten

Sollten Sie den Verdacht haben, dass sich ein Mitarbeiter der GEZ oder der ÖRR-Anstalt in strafrechtlich relevanter Weise verhalten hat, können Sie bei der Polizei oder der Staatsanwaltschaft Strafanzeige erstatten.

Ein Beispiel dazu wären etwa unerlaubte Verhaltensweisen von Beauftragten: Hausfriedensbruch, Nötigung, Verleumdung u.s.w... (s. Kap. 11 sowie 16.3 und 16.7).

Wurden Sie z.B. von einem Beauftragten fälschlicherweise zwangsangemeldet, könnten Sie Strafanzeige wegen Mittelbarer Falschbeurkundung erstatten:

StGB § 271 Mittelbare Falschbeurkundung

(1) Wer bewirkt, daß Erklärungen, Verhandlungen oder Tatsachen, welche für Rechte oder Rechtsverhältnisse von Erheblichkeit sind, in öffentlichen Urkunden, Büchern, Dateien oder Registern als abgegeben oder geschehen beurkundet oder gespeichert werden, während sie überhaupt nicht oder in anderer Weise oder von einer Person in einer ihr nicht zustehenden Eigenschaft oder von einer anderen Person abgegeben oder geschehen sind, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Ebenso wird bestraft, wer eine falsche Beurkundung oder Datenspeicherung der in Absatz 1 bezeichneten Art zur Täuschung im Rechtsverkehr gebraucht.

(3) Handelt der Täter gegen Entgelt oder in der Absicht, sich oder einen Dritten zu bereichern oder eine andere Person zu schädigen, so ist die Strafe Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren.

(4) Der Versuch ist strafbar.

Auch falsche Auskünfte der GEZ oder der ÖRR zum Zwecke der Bereicherung könnten strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen: z.B. Verhinderung von Abmeldungen durch Verbreitung falscher Auskünfte oder falsche Rechtsauskünfte, die sich etwa auf die Frage der Beweislast beziehen.

StGB § 263 Betrug

(1) Wer in der Absicht, sich oder einem Dritten einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, das Vermögen eines anderen dadurch beschädigt, daß er durch Vorspiegelung falscher oder durch Entstellung oder Unterdrückung wahrer Tatsachen einen Irrtum erregt oder unterhält, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Der Versuch ist strafbar.

Werden von Ihnen Gebühren verlangt, obwohl klar ist, dass Sie keine (oder weniger) Geräte haben, könnte der § 352 StGB einschlägig sein.

StGB § 352 Gebührenüberhebung

(1) Ein Amtsträger, Anwalt oder sonstiger Rechtsbeistand, welcher Gebühren oder andere Vergütungen für amtliche Verrichtungen zu seinem Vorteil zu erheben hat, wird, wenn er Gebühren oder Vergütungen erhebt, von denen er

*weiß, daß der Zahlende sie überhaupt nicht oder nur in geringerem Betrag schuldet, mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.
(2) Der Versuch ist strafbar.*

Strafanzeigen sind für den Bürger immer kostenlos. Scheuen Sie sich daher nicht, auf die Polizeiwache zu gehen und den entsprechenden Sachverhalt zu Protokoll zu geben. Sie helfen damit letztlich auch anderen Bürgern! Möglicherweise überlegt es sich ja so mancher Sachbearbeiter auch anders, wenn er mit einer Strafanzeige konfrontiert wird. Er könnte nämlich durch Rücktritt von seinem versuchten Vorhaben straffrei ausgehen.

StGB § 24 Rücktritt

(1) Wegen Versuchs wird nicht bestraft, wer freiwillig die weitere Ausführung der Tat aufgibt oder deren Vollendung verhindert. Wird die Tat ohne Zutun des Zurücktretenden nicht vollendet, so wird er straflos, wenn er sich freiwillig und ernsthaft bemüht, die Vollendung zu verhindern.

(2) Sind an der Tat mehrere beteiligt, so wird wegen Versuchs nicht bestraft, wer freiwillig die Vollendung verhindert. Jedoch genügt zu seiner Straflosigkeit sein freiwilliges und ernsthaftes Bemühen, die Vollendung der Tat zu verhindern, wenn sie ohne sein Zutun nicht vollendet oder unabhängig von seinem früheren Tatbeitrag begangen wird.

12.7 Rechtsanwalt beanspruchen

Bei schwierigen Rechtssachen sollten Sie einen Rechtsanwalt oder eine Rechtsanwältin zu Rate ziehen, wenn Sie mit persönlichen Schreiben nicht zum Erfolg kommen. Fehlen Ihnen dazu die finanziellen Mittel, wenden Sie sich an Ihre Einwohnerbehörde, die Ihnen je nach Bundesland mitteilen kann, wie Sie kostenlose Rechtsauskunft erhalten können. Leider arbeitet die GEZ nämlich oft nach dem Prinzip: Man kann es ja mal versuchen und wenn sich der Bürger nicht wehrt, hat er Pech gehabt. Die ÖRR-Justiziere sind dabei absolut skrupellos und kennen die miesesten Tricks.

12.8 Die Frage der Beweislast

Wichtig zu wissen ist es, dass nicht - wie oft fälschlich von den Anstalten und ihren Beauftragten behauptet wird - der Bürger beweisen muss, keine Geräte zum Empfang bereitzuhalten. Vielmehr sind es die ÖRR, bzw. die GEZ, die beweisen müssen, dass ein Bürger in einer bestimmten Zeit eine bestimmte Anzahl von Rundfunkgeräten besessen hat. Dies hat das Verwaltungsgericht Hamburg mit Urteil vom 22.6.04 entschieden (Az: 8 K 2332/03).

Leitsatz des Urteils:

„1. Maßgeblich für die Pflicht zur Entrichtung von Rundfunkgebühren ist allein, ob und in welchem Zeitraum der Rundfunkteilnehmer das betreffende Gerät zum Empfang bereithält. Die diesbezügliche materielle Beweislast trifft die Rundfunkanstalt.

2. Dies gilt auch dann, wenn anlässlich des Besuchs eines Rundfunkgebührenbeauftragten, in einem als öffentliche Urkunde zu qualifizierenden Vordruck eine Erklärung des Rundfunkteilnehmers aufgenommen und von diesem unterschrieben wird, wonach er seit einem bestimmten (länger zurück liegenden) Zeitpunkt ein Fernsehgerät zum Empfang bereitgehalten habe, und er später in einem verwaltungsgerichtlichen Verfahren die inhaltliche Richtigkeit dieser Erklärung unter Beweis bestreitet.

3. In einem solchen Fall sind Urkunde und Gegenbeweis bzgl. der inhaltlichen Richtigkeit der beurkundeten Erklärung nach Maßgabe von § 286 Abs 1 ZPO (und nicht gem. § 415 Abs 2 ZPO) zu würdigen. Steht danach nicht zur Überzeugung des erkennenden Gerichts fest, dass der Rundfunkteilnehmer in dem umstrittenen Zeitraum tatsächlich das betreffende Gerät zum

Empfang bereitgehalten hat, so ist der Rundfunkteilnehmer insoweit nach den Grundsätzen der materiellen Beweislast nicht rundfunkgebührenpflichtig. Insoweit bereits geleistete Gebühren kann er, sofern die Rundfunkanstalt sie ihm gegenüber nicht bereits durch Bescheid rechtlich verbindlich festgesetzt hat, von der Rundfunkanstalt nach Maßgabe des sog. öffentlich-rechtlichen Erstattungsanspruchs zurückfordern.“

13 Dateneinsicht

Jede/r kann Dateneinsicht einfordern.

Die Rundfunkanstalten und die GEZ sind zur Auskunft verpflichtet, welche Daten sie über ihre Teilnehmer gespeichert hat. Folgendes haben diese Institutionen an Sie zu übermitteln, wenn Sie dies einfordern:

- Art der Daten, die über Sie gespeichert sind
- Herkunft der Daten (sehr wichtig!)
- Zweck der Speicherung.

Diese Auskünfte sind für den Bürger **kostenfrei**.

Folgende Datenfelder werden von den Anstalten über ihre Teilnehmer verarbeitet¹⁹:

- Familienname
- Vornamen
- Geburtsdatum
- Anschrift (Straße, Wohnort)
- Branche

¹⁹ lt. Auskunft des rbb